

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN · CHEMIGRAPHEN · STEINLICHT · KUPFER · WACHSTUCH · U. TAPETENDRUCKER · UND VERWANDTEN BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 6. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27. I. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz. Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Politzelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Lohnbewegungen.

Dresden. In Firma Leutert & Schneidewind wurde die Arbeitszeit für Lithographen von 8 1/4 auf 8 Stunden verkürzt. Es kommen z. Z. 15 Kollegen in Betracht.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker:
Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann. Firma Angerer (für Kupferdrucker).

Für Chemigraphen:

Berlin. Baudouin; Cleppin & Geldermann; Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Greve; Grützmacher; Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Thebran & Kraushaar.
Chemnitz. A. Jülich; Köhler & Richter.

Dresden. Mittelbach; C. Schemmel.
Dresden u. Leipzig. Mejo & Markert.
Stuttgart. Gebr. Rößle.
Wernigerode i. H.

Im Ausland:

Belgien: Brüssel. I. L. Goffarth, (Lith. u. Steindr.). — Etablissements Generaux d'Imprimerie.
Verviers. (Lith. u. Steindr.).
England: London. Firma Lowe & Brydone, Windmill street Tottenham,

Court Road, London, (für Notendrucker.)
Frankreich: Lyon. (Kupferdr.)
Holland: Nantes. Haarlem. Firma Polygraph.
Oesterreich: Triest. Tirol und Vorarlberg (wegen Tarifbewegung).
Schweden: Strehholzfabrik, A.-G. Vulkan in Tidaholm. Stockholm: Tapetendruckerei A.-G. C. A. Käberg's.

Inhalt:

Hauptblatt: Bekanntmachungen. — Auf dem Wege zu einer politischen Unternehmerpartei. — Rundschau. — Wann soll man streiken? II (Schluß). — Zur Linderung des Arbeitslosenends. — Volk und Kunst. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Allgemeines: Der Einfluß der Lehrzeit auf den Charakter, II. Heilige Einfachheit. Ortsberichte: Dresden, Saalfeld. — Der Lithograph: Ahasverus Kluge. Koitege Ele. — Photogr. Mitarbeiter: Eine feine Stellung. Zeichen der Krise. Weihnachten, das Fest der Freude für die Prinzipale, II. — Feuilleton: Robert Owen. Die Ausstellung des Bezirks Baden-Elsaß. — Eingänge.

Auf dem Wege zu einer politischen Unternehmerpartei.

In der Presse und in den wirtschaftlichen Organisationen des industriellen Unternehmertums wird seit einiger Zeit die Frage der politischen Vertretung oder des politischen Zusammenschlusses der »Arbeitgeber« eingehend erörtert. Die Einleitung dazu bildete ein Schreiben, das bereits im April dieses Jahres den Ausschußmitgliedern des »Vereins deutscher Arbeitgeberverbände« zuzuging und in dem ein Plan zu einer politischen Unternehmerorganisation nach der »Arbeitgeberzeitung« No. 15 durch folgende Sätze skizziert worden ist: Es sei wohl zu beachten, »daß die geplante politische Organisation der gewerblichen Arbeitgeber nicht etwa auf die Bildung einer neuen politischen Partei abzielt. Der Bund soll vielmehr jeder Partei neutral gegenüberstehen, sofern ihre sozialpolitischen Gebaren nicht auf die unmittelbare Förderung der Ziele der Sozialdemokratie hinausläuft. Im allgemeinen wird er sich damit begnügen, gegen diejenigen Elemente Front zu machen, durch deren Auftreten die einzelnen Parteien zu verhängnisvoller Verknüpfung der Grenzen veranlaßt werden, die der sozialpolitischen Gleichmacherei durch die Verpflichtung zu gewissenhafter Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse aller Erwerbskategorien gezogen sind.«

Dieses Pläncchen fand bald beim Scharfmachertum unter den industriellen Unternehmern und seinen Söldlingen, die für gutes Geld die politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft so oft als möglich totzuschlagen haben, freudigen Widerhall. Besonders war es der Syndikus des Vereins sächsischer Industrieller, Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann, der sich in einem am 16. Mai in Mannheim gehaltenen Vortrag zustimmend zu dem Plane äußerte, und der beru — hmt scharfmacherische »Volks-wirtschaftler« und »Sozialpolitiker« Dr. Alexander Tille, der die Vorschläge in einer Rede, die er am 27. Juni in Saarbrücken hielt und die inzwischen als Broschüre erschienen ist, noch

beträchtlich erweiterte. Da besonders die Gedankengänge dieses Herrn von einer derartigen zynischen Offenheit sind und die wahren Absichten des Unternehmertums in einer solchen Weise bloßlegen, daß wir als Arbeiter manchen Schluß daraus zu ziehen vermögen, verlohnt es sich wohl, sie etwas näher zu betrachten.

Der genannte Herr ist mit den bestehenden politischen Parteien des Bürgertums rein gar nicht zufrieden. Besonders haben es ihm aus begrifflichen Gründen die Nationalliberalen angetan, die ihn bekanntlich seinerzeit an die frische Luft beförderten. Sie haben nach dem saarabischen Scharfmacherdoktor alle ihre Ideale, besonders die Wahrung der individuellen Freiheit, verraten und verkauft. Denn der Liberalismus soll nach dem langen Sündenregister, das ihm Tille vorhält, z. B. folgende Kapitalverbrechen begangen haben: »Er hat an dem großen Wendepunkte der Handarbeitgesetzgebung des Deutschen Reiches versagt, im Jahre 1899, als die Reichsregierung ein Gesetz zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses einbrachte, das bestimmt war, arbeitsfreudige und werktreue Arbeiter vor Belästigungen durch Streikwütige zu schützen. Er hat den Arbeitswilligen den Schutz des Gesetzes versagt und ihnen damit die Freiheit entzogen, ihre Arbeitskraft zu verwerten. Auch die Freizügigkeit hat er damit angetastet. Nach seinem Willen darf der Arbeitsfreudige nicht mehr dorthin ziehen, wo reichlich Arbeit zu finden ist. Am Bahnhof darf ihn mit vollem Rechte die Meute Streiker empfangen und nach seinem Herkunftsorte zurücksenden. Auch in anderer Hinsicht hat der sozialistisch verseuchte Nationalliberalismus die Vertragsfreiheit neuerdings anzutasten versucht. Er hat sich für die Einführung eines Gruppenvertragsrechts ausgesprochen, nach dem der einzelne Unternehmer an Verträge gebunden sein soll, welche andere ohne seinen Auftrag geschlossen haben. Denn etwas anderes bedeutet der Versuch nicht, das Unternehmertum dem Joche von Arbeitstarifen zu unterwerfen. Er hat die Grundlage der liberalen Gesellschaftsordnung, das Privateigentum, angetastet, indem er den Unternehmer und den Handarbeiter im Unternehmen für zwei gleichberechtigte Parteien erklärt hat. Bisher konnte nur der Unternehmer den Handarbeiter entlassen. Dem Unternehmer blieb aber dann das Unternehmen. Nur der Handarbeiter mußte dann seine Straße ziehen. Nach den Wünschen des neuesten Nationalliberalismus sollen künftig auch die Handarbeiter den Unternehmer entlassen dürfen.«

Diesen und noch manchen anderen blühenden Unsinn sagt der gute Mann einer Partei nach,

die die Vertretung der Interessen des Großkapitals als ihre Spezialität betrachtet und die im ganzen Reiche dafür bekannt ist, daß sie die Interessen der breiten Volksschichten, der Arbeiterschaft, bei jeder Gelegenheit mit Füßen tritt. Das soll ihr von unserer Seite aus nicht zum Vorwurf gemacht werden. Niemand kann aus seiner Haut. Die politischen Zustände spiegeln nach der materialistischen Weltanschauung nur die wirtschaftlichen Zustände wieder und die politischen Parteien bringen nichts anderes zum Ausdruck als die wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Darum wäre es lächerlich, wenn wir Arbeiter die Vertretung unserer Interessen von den politischen Interessensvertretungen anderer Klassen verlangen wollten; wir müssen uns einzig und allein auf die eigene Kraft besinnen und verlassen. Auch die Gesetze, die im Klassenstaat unter Mitwirkung bürgerlicher Parteien scheinbar zum Wohle der Arbeiterklasse geschaffen wurden, sind durchweg von eminentester Bedeutung für die Interessen des kapitalistischen Gegenwartsstaats. Die ganze soziale Gesetzgebung dient schließlich keinem anderen Zweck als der Ausöhnung der Arbeiter mit diesem Gegenwartsstaat, der Ablenkung von weiteren, seine Umwandlung zu einem gerechteren Gemeinwesen betreffenden Forderungen.

Herr Tille ist aber auch mit dieser im wohlverstandenen kapitalistischen Klassen-Interesse liegenden vorbeugenden Wirksamkeit der bürgerlichen Parteien ganz und gar nicht einverstanden. Mit rauher Hand zerreißt er das idealistische Mäntelchen, mit dem diese Parteien die Verfolgung rein materieller Interessen zu verbergen und den Anschein zu erwecken suchten, nichts anderes als Vorkämpfer des Allgemeinwohls zu sein. Er verlangt, daß die bisher schamhaft verhüllte Vertretung der Klasseninteressen des Unternehmertums nunmehr in voller Offenheit und mit allem Nachdruck erfolgen müsse und beweist damit schlagend die Richtigkeit der materialistischen Anschauung. In welcher Weise diese Interessenvertretung erfolgen soll, davon hat man aus seiner Kritik der nationalliberalen Partei, die wir vorhin in ihren bezeichnendsten Stellen zitierten, einen kleinen Vorgeschmack erhalten.

Nun hat sich allerdings das Unternehmertum mit dem auf die Begründung einer selbstständigen Unternehmerpartei hinauslaufenden Gedankengange des Scharfmacherdoktors nicht einverstanden erklärt. Das konnte es auch nicht, da die Anschauungen im Unternehmertum zurzeit noch zu weit auseinanderlaufen und das von Tille aufgestellte Rechenexempel, nach welchem die industrielle Arbeitgeberpartei

in die er in der Vorfreude über den auszuübenden Terrorismus schon jetzt die »höheren Angestellten«, Kleingewerbetreibenden, Gastwirte usw. einrechnet — über 9 Millionen Stimmen zusammenbringen soll, von jedem vernünftigen Menschen als Unsinn erkannt werden muß. Aber über die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes der Scharfmacherinteressen ist man sich im großen ganzen einig, wenigstens wird in der »Arbeitgeberzeitung« für die Ideen des Kommerzienrats Menck in Altona, des zweiten Vorsitzenden des Verbandes deutscher Metall-industrieller, der auch als der Urheber der ersten, diese Frage betreffenden und von uns in der Einleitung zitierten Verlautbarung bezeichnet wird, eifrig Propaganda gemacht.

Diese Ideen laufen im wesentlichen darauf hinaus, in ähnlicher Weise wie der Bund der Landwirte auf die bestehenden politischen Parteien einzuwirken, um diese durch eine geschickte Wahlpolitik zu gewinnen, sich noch mehr als bisher als Prätorianergarde des Unternehmertums für dessen Interessen ins Zeug zu legen. Als ob da eine Ueberbietung noch möglich wäre!

»Die Prüfung, ob ein Wahlkandidat unser Freund oder unser Feind ist, darf nur auf dem Boden der Sozialpolitik erfolgen«, auf dem sich alle Unternehmer einig seien, schreibt Herr Menck. Was das bedeutet, ersieht man am besten aus dem »sozialpolitischen Programm« des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, das kürzlich in der »Arbeitgeberzeitung« veröffentlicht wurde, und durch das so ziemlich jede sozialpolitische Arbeiterforderung rundweg abgelehnt wird. Die Unfallversicherung soll danach nur in den Händen der Unternehmer bleiben. Bei der Invalidenversicherung sollen die Reichszuschüsse wegfallen. Bei der längst versprochenen Witwen- und Waisen-Versorgung sollen die Renten ohne Rücksicht darauf festgesetzt werden, ob sie auch allen Ansprüchen genügen. Die Bestrebungen zur Vernichtung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen werden nur deshalb vorläufig zurückgestellt, weil sich die von der Regierung einberufene Konferenz von Kassenvertretern zum Leidwesen der Scharfmacher für ihre Erhaltung ausgesprochen hat. Gegen die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung wird entschieden Protest eingelegt. Paritätische Arbeitskammern werden verworfen. Die Arbeitsnachweise sollen nur in die Hände der Unternehmer gelegt werden; paritätische oder öffentliche Nachweise werden verworfen. Tarifverträge werden als verderblich für die Entwicklung der Industrie bezeichnet usw. usw. Mit einem Wort: Die gesetzgebenden Körperschaften müssen von der »Verkehrtheit des neuesten sozialpolitischen Kurses« überzeugt werden, und wehe der Regierung oder der Partei, die sich davon nicht überzeugen läßt! Das auf »sozialpolitischer Grundlage« politisch organisierte Scharfmachertum schüttet die ganze Schale seines Zornes über sie aus!

»Wer nicht unser Freund ist, möge sich von anderen Leuten in die Parlamente wählen lassen!« sagt Herr Menck. Das ist ein Satz, den sich jeder Arbeiter so einprägen sollte, daß er ihn in seinem ganzen Leben nicht wieder vergißt. Die Scharfmacherpläne zur Herbeiführung einer noch viel einseitigeren krassen Interessenpolitik, wie sie durch die bürgerlichen Parteien gegenwärtig schon getrieben wird, müßten auch dem letzten Arbeiter zeigen, daß es nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Leben nur ein Hüben und ein Drüben gibt. Wer daher seine Interessen und die Interessen seiner Klasse nicht ganz und gar mit Füßen treten lassen will, der gehe hin und beherzige die Lehren, die ihm das Scharfmachertum wieder einmal gegeben hat.

Rundschau.

»Wachsende Unzufriedenheit. Ein Beitrag zum neuen Chemigraphentarif.« Unser diese Ueberschrift bringende »Deutsche Buchdruckerzeitung« in ihrer No. 45 vom 8. November einen Artikel, in welchem dieses Leiborgan der tarif-gegnerischen Scharfmacher im Buchdruckgewerbe

mit schmunzelndem Behagen über das quertreibende Zirkular herfällt, das von einer kleinen Gruppe von Besitzern chemigraphischer Anstalten gegen die neuen Tarifvereinbarungen verbreitet wurde. Bekanntlich haben die Macher dieses Zirkulars mit ihren Bestrebungen nicht nur in den Kreisen ihrer Unternehmungskollegen, sondern auch bei den Arbeitern ein vollständiges Fiasko erlitten (s. Erklärung unseres Hauptvorstandes usw. in No. 42 der »Gr. Pr.«), so daß es überflüssig erscheint, auf den Erguß des genannten Blattes näher einzugehen. Aber wir können es uns nicht versagen, unsere Leser wenigstens mit folgendem Schlußsatz bekannt zu machen: »Die nationalen Arbeitgeber haben es eben satt, sozialdemokratischen Weltbeglückungsversuchen als Vorspann zu dienen.« Tarifverträge als »sozialdemokratische Weltbeglückungsversuche« zu bezeichnen, kann nur Leuten möglich sein, die ebenso wie unsere Schutzverbände vom blindesten Haß gegen jede loyale Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern erfüllt sind. Wie »national« aber die Unternehmer sind, die sich für diese »sozialdemokratischen Weltbeglückungsversuche« nicht als Vorspann benutzen lassen wollen und daher von dem genannten Organ unter die schützenden Fittiche genommen werden, ersieht man am besten aus den angestrengten Bemühungen des Hauptveranlassers obengenannten Zirkulars, sich die gute Kundschaft des sozialdemokratischen Vorwärtsverlages so lange als möglich zu erhalten.

Tariffreundliche Unternehmer sind auch die Druckereibesitzer Augsburgs. Dort bemüht sich der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter-Verband zum Abschluß eines Tarifvertrags. Eine Unternehmerversammlung beschloß jedoch in ebenso kurzschichtiger wie rückständiger Weise die Ablehnung jeder Verhandlung mit den Hilfsarbeitern.

Die Aussperrung Buchbindereiarbeiter in Stockholm und Eskilstuna, die bereits seit dem 13. Juli besteht, droht auch auf unsere Kollegen-schaft in Schweden überzugreifen. Wenigstens hat der schwedische Arbeitgeberverein am 7. November beschlossen, die Aussperrung auf das ganze Land auszudehnen und, falls die Buchbinder nicht bis zum 26. November zu Kreuze kriechen, auch die Lithographen und Steindrucker, sowie die Arbeiter der Papier- und Textilindustrie auszusperrn. Hoffentlich beißen sich die Herren dabei nicht die Zähne aus.

Zur Unterstützung der Organisationsbestrebungen der Barbieri und Friseurarbeiten erläßt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einen Aufruf, durch den die Beschlüsse, die in dieser Richtung vom Gewerkschaftskongreß in Köln gefaßt worden sind, erinnert wird. Die Agitation und Organisation in dieser Arbeitergruppe ist ungemein erschwert, weshalb sie durch die organisierte Arbeiterschaft nach Kräften gefördert werden muß, indem nur solche Barbiergeschäfte mit der Kundschaft organisierter Arbeiter bedacht werden, die organisierte Gehilfen beschäftigen und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Organisation anerkannt haben. Wir bitten unsere Kollegen, ebenfalls in diesem Sinne zu wirken.

Ein Flugblatt an die Tabakarbeiter Deutschlands kündigt die Zentralkommission der Tabakarbeiter in der neuen Nummer des Verbandsorgans an. Es soll in großer Auflage im ganzen Reiche verbreitet werden. Was in der Ankündigung den Tabakarbeitern zugeführt wird, sei auch unseren Kollegen mit aller Dringlichkeit gesagt: Kollegen! Der Kampf wird ernst! Die drohende Vernichtung von 50 000 Arbeiterexistenzen ist sicher, wenn die Banderolesteuer nicht zurückgewiesen wird. Gegenwehr ist daher eiserne Pflicht! Tue jeder seine Schuldigkeit!

Ein Riesenglück im Ruhrbergbau hat mit einem Schläge 3¹/₂ Hundert Menschenleben vernichtet. Durch eine furchtbare Kohlenstaubexplosion in der Grube Radbod bei Hamm wurden am 12. November Hunderte von Bergarbeiterfamilien ihrer Ernährer beraubt. Einem unverantwortlichen Ausbeutungs- und Raubbausystem sind sie zum Opfer gefallen. Das wurde auch dem Prinzen Eitel Friedrich, der als Vertreter des durch Jagden und Rekrutenverleidigungen verhinderten Kaisers an den Unglücksort geeilt war, mit aller Deutlichkeit gesagt. Statt der üblichen Hurraufe wurde er mit den auf die Verwaltung gemünzten Rufen »Massenmörder« und mit einem einmündigen Schreie nach Bergarbeiterschutz, einem Reichsberggesetz und Arbeiterkontrollreuen empfangen. Der Prinz wird in dieser Richtung nichts tun können. Dafür muß die Volksvertretung die Initiative für einen wirksamen Bergarbeiterschutz ergreifen, wenn sie sich nicht dauernd zum Mitschuldigen dieses menschenmordenden Systems machen will.

Ueber die Maßnahmen gegen die herrschende Arbeitslosigkeit und den Notstand wurde die Reichsregierung von der Sozialdemokratie und dem Zentrum interpelliert. Wir werden auf die Reichstagsverhandlungen über die Interpellationen in der nächsten Nummer eingehend zu sprechen kommen.

Gegen das persönliche Regiment in Deutschland, das wieder einmal durch die Veröffentlichung eines Interviews mit dem deutschen Kaiser durch ein englisches Blatt in seiner ganzen Gefährlichkeit für das Ansehen Deutschlands im Auslande und für den allgemeinen Völkerfrieden aufgedeckt wurde, hat sich fast die gesamte deutsche Presse mit aller Schärfe gewandt. Fand doch

sogar der nationalsoziale Hohenzollernschwärmer Friedrich Nauman in seiner »Hilfe« folgende scharfen Töne: »Wenn ein Reichskanzler Fehler macht, so kann der Reichskanzler entlassen werden, und die Welt wird vergessen, was er getan hat. Der Kaiser kann nicht entlassen werden, seine Taten werden, solange er lebt, nicht vergessen, sie wirken fort durch ein ganzes Menschenalter hindurch. Deshalb darf der Kaiser, wenn er sich als Person politisch betätigen will, nur in solcher Weise hervortreten, daß jede einzelne Handlung für lange Fristen berechnet ist. Das aber heißt, er darf nur das aussprechen, was endgültig im Kreise seiner Fachmänner bearbeitet worden ist. Will er sich diesem Zwange nicht fügen, so bleibt nichts anderes übrig, als daß ihm in jedem einzelnen Falle von der ganzen Öffentlichkeit zugeführt wird: wir verbiten uns jede willkürliche Privatpolitik! — Diese und ähnliche Preßäußerungen haben die bürgerlichen Mannesleuten von den Konservativen bis zu den Freisinnigen allerdings nicht gehindert, umzuklappen wie ein Taschenmesser, als es galt, durch die zuständige Stelle, den deutschen Reichstag, Garantien dafür zu schaffen, daß derartige ungeheuerliche Ausflüsse des Selbstherrschertums ein für alle mal ein Ende nehmen. Und so sind wieder einmal die »vaterlandslosen Gesellen« die einzigen gewesen, die das konstitutionelle System und die Würde Deutschlands mit aller Entschiedenheit verfochten haben. Die bürgerlichen Parteien kamen über eine vorsichtige Kritik nicht hinaus. Sie hatten nicht den Mut, die Konsequenzen zu ziehen, und sie sind daher schuld daran, daß auch in Zukunft alles fein beim Alten bleibt. Sie haben sich dadurch zu Mitschuldigen gemacht an den Verwicklungen, die eine derartige »willkürliche Privatpolitik« zur Folge haben muß.

Wie der Staat für seine alten Arbeiter sorgt, dafür können wir folgendes beschämende Beispiel anführen: Weil die Arbeit knapp wurde, entließ die kgl. Hafens Bauverwaltung einen Arbeiter aus Gr. Heydekrug (Kreis Fischhausen in Ostpreußen), der 35 Jahre bei ihr gearbeitet hatte. Andere Arbeiter, deren Arbeitskraft der Staat ebenfalls Jahrzehnte hindurch ausgenutzt hat, befürchten täglich, daß auch sie aufs Pfahlgelände werden. Gerade Staatsbetriebe sollten Musterbetriebe sein. Die unerhörte Praxis, sich auf solch bequeme Art der Arbeiter zu entledigen, die Jahrzehnte hindurch dem Staate für einen Embehrungslohn gearbeitet haben, ohne sich darum zu kümmern, was der Arbeiter mit seiner Familie anfängt, muß entschieden verurteilt werden; sie fordert ja Privatunternehmer geradezu zur Nachahmung heraus. Gleich einer ausgepreßten Zitrone wird der alte Arbeiter heutzutage beiseite geworfen, wenn der Saft aus ihm ausgepreßt ist.

Wann soll man streiken?

Von Adolf Braun.

II (Schluß).

Die erfahrenen Gewerkschafter wissen sehr wohl, daß es Zeiten und Umstände gibt, in denen dem Unternehmer nichts erwünschter sein kann als ein Streik der Arbeiter und ganz insbesondere als ein Angriffstreik. Wenn die Lager voll sind, wenn die Bestellungen ausbleiben, wenn das verfügbare Kapital festgelegt und fremdes Geld bloß teuer zu erhalten ist, die Kaufkraft versiegt ist, wenn Unsicherheit die Signatur des Marktes ist, wenn man das Abwarten der nächsten Entwicklung vor jeder Entschlußfassung für notwendig hält, dann sind die Unternehmer außerordentlich zufrieden, wenn sie ihren Betrieb vollständig ruhen lassen können, wenn sie dann ihre Maschinen reinigen und neu aufmontieren lassen, ihren Betrieb in Ordnung bringen können. Wohl haben die Unternehmer jederzeit die Möglichkeit, ihren Arbeitern ohne Begründung den Laufpaß zu geben und ihre Betriebe einzustellen, aber das tun sie sehr ungern. Das würde das Ansehen der Firma mindern, die Kreditfähigkeit schwächen, zum Entehen aller möglichen geschäftsschädigenden Gerüchte Anlaß geben, das könnte der Konkurrenz leicht zur Verführung werden, in das Absatzgebiet der stillgelegten Fabriken einzudringen. Aber auch allgemeinere Gesichtspunkte sind da für den Unternehmer maßgebend. Er muß dann rechnen, daß die ungünstige Lage seines Geschäftszweiges in gefährlicher Weise beeinflusst würde, wenn wichtige Fabriken ohne sichtbaren äußeren Anlaß die Produktion einstellen würden. Die Banken, die heute mit den Industrieunternehmungen eine enge Interessengemeinschaft haben, setzen allen ihren Einfluß ein, damit sich eine Depression nicht zur Krise ausbilde; sie suchen, solange es irgend angeht, alles zu verhindern, was den Pessimismus des geldanlegenden Publikums und der Handelswelt steigern könnte. Deshalb halten viele Unternehmungen ihre Betriebe auch dann noch aufrecht, wenn sie eigentlich aus rein geschäftlichen Rücksichten bessere Zeiten abwarten und ihren Betrieb bis dahin einstellen oder stark vermindern müßten. Unter diesen Verhältnissen kommt ein Streik den Unternehmern außerordentlich gelegen. Sie reizen die Arbeiter oft zum Streik. Sie täuschen sie häufig über ihre wirtschaftliche Lage, sie erwecken in den Arbeitern den Glauben, daß ein Streik von ihnen unbenommen empfunden werden würde. Ist aber in der Zeit der Depression der Streik ausgebrochen, dann ist niemand mehr

erfreut als der Unternehmer. Er hat seine Fabriken nicht aus eigenem Entschlusse schließen müssen, das Entgegenkommen seiner Arbeiter gestattet ihm, scheinbar einem Zwange folgend, den Betrieb ruhen zu lassen. Seine Kunden kann er dank der reichen Warenvorräte, die durchaus nicht immer von den Arbeitern abgeschätzt werden können, befriedigen, ohne daß ihm seine Arbeiter ununterbrochen die Lücken der Lager füllen und ihn zwingen, bei Spedituren und auf Lagerplätzen die schwer absetzbaren Produkte aufzuheben. All die unangenehmen Kommentare, all die oft bössartigen Folgen, die ein Unternehmer zu gewärtigen hat, der aus freien Stücken seinen Betrieb einschränkt oder gar vollständig schließt, kommen für ihn nun nicht in Betracht. Im Gegenteil, die Banken, seine sonstigen Geldgeber, die Lieferanten von Rohmaterial und Halbfabrikaten, die Konkurrenten und die Kunden, sie alle haben nun Sympathien für den armen, von den Arbeitern scheinbar hartbedrängten Unternehmer. Er hat alle Vorteile vom Ausbruch des Streiks, er kann den Streik so lange dauern lassen, wie er will, und er kann bei Beendigung des Streiks eine Reihe weiterer Vorteile ernten, während die Arbeiter wirtschaftlichen und moralischen Schaden aus einem Streik dieser Art heimbringen können. Der Unternehmer kann jede Verhandlung ablehnen, er kann einfach erklären, daß er Arbeiter erst nach einer bestimmten Zeit wieder aufnimmt, er kann eine neue Arbeitsordnung festsetzen, Arbeitszeiten und Löhne eigenmächtig bestimmen, er kann sich die Arbeiter aussuchen, die er behalten will, er kann in einer derartigen Zeit, infolge des falschgewählten Zeitpunktes für den Streik der Arbeiter alle gewerkschaftlichen Errungenschaften vernichten, er kann auf lange Zeit hinaus die Organisierung der Arbeiter seiner Fabrik erschweren, so nicht bloß für den Augenblick, sondern auch für eine weitere Zukunft bedeutungsvollen Vorteil aus dem Streik ziehen.

Anders liegen die Verhältnisse bei einem *Abwehrstreik*. Hier erkennen Gläubiger, Konkurrenten, Lieferanten und Kunden sofort die Absicht des Unternehmers, hier kann die Gewerkschaftsorganisation mit viel größerem Erfolg und mit erheblichen besseren Aussichten den Kampf führen. Im übrigen ist der Abwehrstreik etwas den Arbeitern Aufgezwungenes, dem sie sich in der Regel nicht zu entziehen vermögen, der also zu den notwendigen und nicht verschiebbaren Kampfaufgaben der Gewerkschaft gehört, während der Angriffstreik in einer Zeit der Depression die Verantwortlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation, ihrer Leitung und der in Betracht kommenden Arbeiter auf das höchste steigert.

Man darf auch niemals übersehen, daß der gewerkschaftliche Kampf mit einem Unternehmer immer mehr zu den Seltenheiten gehört. Die sich immer kräftiger ausbildenden Unternehmerorganisationen mit ihren scharfmacherischen Leitungen, mit ihrem Streben nach Betätigung, mit ihrer Sucht nach Revanche gegen die Gewerkschaften, nach Ausgleichung der gewerkschaftlichen Erfolge führen dazu, daß der Einzelstreik vielfach mit der Aussperrung beantwortet wird, daß also eine viel größere Anzahl von Arbeitern und zwar auch Berufsgenossen, die bei der Bewegung gar nicht in Rechnung gezogen wurden, in Mitleidenschaft gezogen werden. Das zu verantworten, ist insbesondere in der Zeit des wirtschaftlichen Rückganges außerordentlich schwierig und erscheint sehr bedenklich. In der Zeit der Hochkonjunktur sehen die Unternehmer sehr gern von ihren Prinzipien ab, da suchen sie sich um die Aussperrungen zu drücken, da drohen sie mehr, als sie zur Tat wirklich bereit sind. Ganz anders ist dies natürlich in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression. Da haben die Unternehmer nichts dagegen, einmal ihre Theorien wirklich auszuprobieren, einmal den Markt zu entlasten, der Ueberproduktion ein Halt zuzurufen, da sind sie bereit, ohne erheblichen Schaden für sich den Gewerkschaften schwere Wunden beizubringen, an deren Heilung die Organisationen noch denken müssen, wenn sie in der Periode neuerlichen wirtschaftlichen Aufschwungs den Zeitpunkt für geeignet halten würden, den Unternehmern kraftvoll die Wünsche der Arbeiter vorzutragen.

Wenn die Arbeiter in Zeiten, wo der Kampf aussichtslos erscheint, einen besonderen Eifer an den Tag legen, während sie ihn häufig vermissen lassen, wo die Kampfeslust am Platz wäre, ruft dies nach einer Erklärung. Die Unzufriedenheit der Arbeiter und der Wunsch, ihre Lage zu verbessern, kommt begrifflicher Weise dann am kräftigsten zum Ausdruck, wenn sich die Lage der Arbeiter zu verschlechtern beginnt, wenn an Stelle der Hochkonjunktur die Wirtschaftskrise tritt, wenn sich ganz automatisch das Einkommen der Arbeiter merklich vermindert, ohne daß sie einen Ausgleich finden in einem Rückgang der Preise der Lebensmittel und der Mietzins usw. Dann erinnern sich die Arbeiter, daß sie erprobte Kampfmittel besitzen, mit denen man eine Verbesserung ihrer Lage durchzusetzen vermag. Sie glauben vielfach, daß diese Mittel zu jeder Zeit und unter allen Verhältnissen zu nützen und zu wirken imstande seien. Sie erinnern sich ihrer Machtmittel am stärksten, wenn sie am wenigsten anwendbar sind. Wenn der Unternehmer an Stelle von Akkorden, die verhältnismäßig reichlichen Lohn gewähren, einen geringen Stundenlohn setzt, wenn er von Ueberstunden mit 25-prozentigen und höheren Lohnzuschlägen zu

einer Verkürzung der Arbeitszeit übergeht, wenn er mit der Entlassung von Arbeitern beginnt und an Stelle hochqualifizierter Arbeitskräfte ungelernete, weibliche und jugendliche setzt, dann möchte der Arbeiter dem Unternehmer seine Macht zeigen, dann möchte er durch die Einstellung der Arbeit höhere Entlohnung und andere günstige Arbeitsbedingungen erzwingen. Leider steht dieser gute Wille des gewerkschaftlich ungenügend geschulten Arbeiters in unüberbrückbarem Gegensatz zu den *Machtverhältnissen während der Periode der Depression*. Die Not an Arbeitskräften hört auf, die Reihen der industriellen Reservearmee werden immer dichter und zahlreicher, das Angebot von Arbeitern jeglicher Art wächst von Woche zu Woche, der Unternehmer ist mit einer Beeinflussung des Arbeitsmarktes nicht mehr nachgiebig zu machen, eine Verringerung des Angebots von Arbeitskräften ist nicht zu erreichen, und die Verweigerung der Arbeitsleistung wird meistens wirkungslos sein.

Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß man, wenn der Höhepunkt der Prosperität überschritten ist, sagen soll: wir sind in die Zeit der Depression eingetreten, wir müssen mit einer eventuell schweren wirtschaftlichen Krise rechnen und deshalb ist jeder Streik von Uebel, unter keinen Umständen ist ein Streik zu gestatten, es ist den Unternehmern völlig freie Hand zu lassen. Das hieße das Kind mit dem Bade ausschütten, das hieße an Stelle einer schlechten Schablone eine andere, nicht bessere setzen. Selbst allgemeine Krisen treten nicht in allen Produktionszweigen mit gleicher Kraft und in demselben Zeitpunkt ein, man wird von Fall zu Fall zu entscheiden haben. Nichts ist verfehlter in der Gewerkschaftsbewegung als eine denkfaul machende, spottbillige Schablone, die man auf alle Fälle anwendet. Die Gewerkschaft verlangt kluge Beurteiler der wirtschaftlichen Lage, die alles in ihre Rechnung ziehen, was zur Bildung eines Urteils und zu einem richtigen Entschluß erforderlich ist. Man wird in jedem einzelnen Fall besonders zu entscheiden haben, man wird mit Rücksicht auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse doppelte Vorsicht bei der Proklamierung eines Streiks anzuwenden haben, als dies schon sonst not tut.

Alle hier angeführten Erwägungen haben eine wichtige Voraussetzung, die gründliche Schulung der Gewerkschaftsmitglieder, die Steigerung ihrer Einsicht, das Wachsen ihres Solidaritätsgefühles, vor allem aber die Erziehung zu einem weiten Blicke, zu einer klugen Beurteilung aller wirtschaftlichen Bedingungen, die bei der Prüfung des Schlachtfeldes und des Gegners in jedem Lohnkampfe notwendig ist. Daß auf diesem Gebiete noch vieles zu geschehen hat und daß *nichts falscher wäre, als mit den Mitteln der Demagogie, der Schmeichelei die Arbeiter zu erziehen*, das lehrt vor allem die Zeit der Depression.

Wäre es möglich, im gewerkschaftlichen Kampfe, in der gewerkschaftlichen Politik und Diplomatie mit einigen wenigen Lehrsätzen auszukommen, dann wäre die Praxis der Gewerkschaften eine Spielerei. Jeder Kampf ist aber unter eigenen Gesichtspunkten zu führen, seine Aussichten sind nach den von Tag zu Tag wechselnden wirtschaftlichen Zusammenhängen abzuschätzen. Wir wissen, daß sich die Unternehmer heute einen ganzen Generalstab von wirtschaftlich und juristisch geschulten Kräften halten. Wir sind stolz, viele aus dem Proletariat hervorgegangene Vertreter der Arbeiterinteressen zu besitzen, die diesen akademisch geschulten Sekretären durchaus gewachsen, ja überlegen sind. Aber dies gilt noch lange nicht für alle Vertreter der Arbeiterinteressen und, wenn es selbst gelten würde, würde es in einem demokratischen Körper, wie es die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation ist, nicht genügen. *Wir müssen die Massen geistig heben*, sie urteilsfähig und intellektuell selbständig machen, wir haben im Proletariat das Unterscheidungsvermögen so zu steigern, daß immer mehr Arbeiter klar beurteilen können, ob sie richtig geführt sind.

So ist es nicht das letzte, sondern ein sehr bedeutungsvolles gewerkschaftliches Kampfmittel, die Bildung der Massen zu steigern, vor allem sie zur Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und ihrer Rückwirkung auf die Arbeiterverhältnisse zu erziehen.

Zur Linderung des Arbeitslosen-Elends.

Von Rich. Seidel.

Der Winter naht und mit ihm eine Verschärfung des Arbeitslosenelends! Schon bei gleichbleibender Arbeitslosenziffer erhöht die kalte Jahreszeit das Elend der industriellen Reservearmee. Wo es noch möglich ist, wird den kargen Mitteln für die Ernährung des Arbeitslosen und seiner Familie noch etwas abgeknappt zur Bestreitung der Feuerungskosten; wo es nicht mehr möglich ist, da gesellen sich zum knurrenden Magen die frierenden Gliedmaßen: Beides Symptome einer »göttlichen Weltordnung!«

Dann kommt die Weihnachtszeit! Für den gedankenlosen Begüterten bedeutet sie das Nahen eines Freudenfestes, dem denkenden Menschen dagegen bietet sie schon lange nur noch ein Bild himmelschreiendsten Jammers. Oder ist es ein Genuß, zu sehen, wie in den Verkehrsstraßen der

Großstädte, inmitten von Reichtum und Verschwendung, die Jugend des hungernden Proletariats in Kälte und Straßenschmutz Baumschmuck und Kerzen feilbietet? Und niemand von den Mächtigen und Besitzenden krümmt einen Finger, um dem Elend wirksam zu steuern, auf den Lippen aber führen sie die Worte: *»Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!«*

Dazu kommt aber noch, daß an ein Stehenbleiben der Arbeitslosenziffer auf der gegenwärtigen Höhe gar nicht gedacht werden kann, denn fast täglich melden die Zeitungen neue Entlassungen oder Ankündigungen von solchen. Die herrschende Wirtschaftskrise hat schon ungeheure Opfer an Gesundheit und Leben der Arbeiterklasse gefordert und scheint noch weitere fordern zu wollen.

In welcher ungeheurer Weise die Krise bereits in der Arbeiterschaft Deutschlands gewütet hat, zeigen am deutlichsten die Summen, die von den deutschen Gewerkschaften im Krisenjahr 1907 zur Unterstützung ihrer Arbeitslosen Mitglieder verausgabt worden sind. So zahlten nach der Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1906 43 Verbände 2 653 296 Mk. an Arbeitslosenunterstützung aus, während dieselben Verbände 1907 6 521 589 Mk. für den gleichen Zweck verausgabten. Allein für Berlin zahlten nach dem Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission 50 Gewerkschaften 1907 1 492 617,88 Mk. für Unterstützung der Arbeitslosen aus, während 1906 367 360,59 Mk. ausreichten. Also schon 1907 hat die Wirtschaftskrise eine gewaltige Summe von Arbeitskraft brachgegligt.

Im laufenden Jahre aber hat sich der Zustand noch wesentlich verschlimmert. Schon vom Dezember 1907 zum Januar 1908 ist die Zahl der von den Gewerkschaften vermittelten Arbeitslosen in Berlin von 22 322 auf 32 045 gestiegen. Dazu kommt noch die große Anzahl derjenigen Brotlosen, die von der Zählung seitens der Gewerkschaften nicht erreicht wurden. Die Zimmerer Deutschlands hatten im Juli 1907 nur 1,25 Prozent Arbeitslose zu verzeichnen, im gleichen Monat 1908 dagegen 2,94 Prozent. Von den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes waren im August 1907 nur 1,17 Prozent arbeitslos, im August 1908 aber schon 3,03 Prozent. Im September 1908 endlich hatten die Holzarbeiter bereits 3,30 Prozent Arbeitslose zu verzeichnen. Dabei ist aber zu bemerken, daß in vielen anderen Berufen der Prozentsatz der Arbeitslosen ein noch höherer sein dürfte, da die Holzarbeiter, wenn man die Leistungen der Gewerkschaften an Arbeitslosenunterstützung pro Kopf des Mitgliedes in Betracht zieht, 1907 erst an zwölfter Stelle standen, trotzdem der Holzarbeiterverband seinen Mitgliedern nicht weniger bietet als die anderen Organisationen.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Aufwendungen, welche die Gewerkschaften im laufenden Jahre zur Unterstützung der Arbeitslosen gemacht haben und noch werden machen müssen, die vom Vorjahre bei weitem übertreffen werden. Die organisierte Arbeiterschaft ist in der Tat gezwungen, aus eigenen Mitteln für die notwendige Ernährung der durch die heutige Produktionsweise bedingten industriellen Reservearmee zu sorgen. Sie übernimmt damit eine Pflicht der gesamten Gesellschaft, deren Last zwar eine ungeheure ist, deren Erfüllung aber zugleich einen glänzenden Beweis für die Notwendigkeit und Leistungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Unterstüzungsanstalten liefert.

Mit Recht wird aber der Ruf nach *kommunaler oder staatlicher Arbeitslosenfürsorge* immer lauter. Die Arbeiterklasse fordert gebieterisch die Erleichterung der ihr aufgebürdeten Last! Nur die Kapitalistenklasse hat ein Interesse an der bestehenden Produktionsweise und somit auch an der Existenz der industriellen Reservearmee. Mag sie darum auch einen Teil der Kosten der letzteren auf sich nehmen, wo sie eigentlich die Pflicht hätte, die Gesamtkosten der Kosten zu decken. Die Vertreter der Arbeiterklasse in den Parlamenten der größten Städte Deutschlands sind der Bourgeoisie darum ganz energisch zu Leibe gegangen, um aus ihr eine Beisteuer zur Unterstützung der Arbeitslosen herauszupressen. Erst kürzlich wieder kam die Nachricht, daß das Gewerkschaftskartell in Magdeburg den dortigen städtischen Körperschaften einen entsprechenden Antrag unterbreitet hat. Die einschichtigen Elemente unter den Vertretern der Satten und Zahlungsfähigen unterstützen auch meist derartige Forderungen unserer Genossen, denn sie erkennen den aufreizenden Charakter langanhaltender Arbeitslosigkeit zu genau, als daß sie nicht bemüht sein sollten, dieselbe einzuschränken oder wenigstens die Leiden zu lindern, die sie verursacht. Diese Einsichtigen aber sind in der Minderzahl. Die Mehrzahl der zumest freisinnigen Kommunalpolitiker steckt so lange als möglich den Kopf in den Sand, um die Gefahr nicht zu sehen, welche durch die Aushungerung der größten und wichtigsten Klasse der ganzen Gesellschaft droht. Am liebsten leugnen diese Herren das Bestehen eines außerordentlichen Notstandes und sträuben sich darum sogar mit Händen und Füßen gegen eine amtliche Zählung der Arbeitslosen. Auch wissen die Herren sehr gut, daß die Arbeitslosigkeit, sobald sie so lange anhält, daß die Mittel der Gewerkschaften erschöpft werden, ein stillschweigendes Sinken der Löhne zur Folge hat. Denn die äußerste Not und die Entblößung von allen Existenzmitteln zwingt schließlich auch den tapfersten Arbeiter, Arbeit zu jedem

Preise anzunehmen und so zum Lohnrucker zu werden. Und diese für die Unternehmer nützliche Seite der Arbeitslosigkeit möchten ihr die biederen Stadtregenten nicht gern nehmen, indem sie zur weiteren Unterstützung der Arbeitslosen in die eigene wohlgefüllte Tasche greifen! Daher ist aus den Kommunen bisher wenig herauszuholen gewesen. Wo aber wirklich etwas getan worden ist — daß man sich hier und da zu einer Tat aufgerafft hat, ist ja bekannt — da ist es meistens auch darnach. In Deutschland voran ist in dieser Beziehung die Stadt Straßburg i. Els. Sie zahlt den Straßburger Gewerkschaften 50 Prozent ihrer Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützung zurück. Mit dieser Einrichtung steht Straßburg unter den Städten Deutschlands aber auch einzig da!

Noch weiter entfernt, als von der Arbeitslosenfürsorge seitens der Kommunen, sind wir allerdings von der *Arbeitslosenversicherung durch den Staat*, wie sie in einer Resolution des sozialdemokratischen Parteitag zu München 1902 gefordert wird. Und das muß konstatiert werden, trotzdem Deutschland sozialpolitisch angeblich in der Welt voran ist. Trotzdem braucht man nicht alle Hoffnung aufzugeben, daß auch wir einmal dahin kommen werden. Dazu ist aber nötig, daß die Angelegenheit von den Sozialdemokraten im Reichstage immer von neuem mit großem Nachdruck betrieben wird, denn von den bürgerlichen Parteien können wir nichts erwarten.

Zu der recht vernünftigen und auch für Deutschland möglichen Form der Arbeitslosenunterstützung durch den Staat, wie sie seit 1 1/2 Jahren in *Dänemark* besteht, werden wir allerdings kaum gelangen. Dort zahlt der Staat den in den dänischen Gewerkschaften bestehenden Arbeitslosenkassen einfach 1/2 ihrer Ausgaben zurück. Wir finden also hier dieselbe vernünftige Methode wieder, die sich, wie wir oben gesehen haben, in Deutschland bisher nur eine einzige Stadt leistete.

Als Gegenleistung beanspruchen der dänische Staat und die Stadt Straßburg nur, daß die Kassen ihrer Kontrolle unterliegen. Etwas derartiges ist natürlich als *staatliche Einrichtung im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte* völlig unmöglich! Würde es doch nichts Geringeres bedeuten, als die staatliche Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Wirksamkeit. Ferner würde eine solche Einrichtung wahrscheinlich den verhassten Gewerkschaften neue Mitglieder zuführen. Damit wäre aber das deutsche Unternehmertum keineswegs einverstanden, weshalb auch den bürgerlichen Reichstagsabgeordneten und den Bürokraten höheren und niederen Ranges bei ihren nahen Beziehungen zur Unternehmerklasse eine Arbeitslosenversicherung nach dänischer Manier undenkbar erscheinen muß. Nur Sozialdemokraten können so *perfidie und phantastische Forderungen* stellen!

Vor dieser vernünftigen Art der Arbeitslosenfürsorge sind wir also in Deutschland wohl sicher. Wenn wir hier einmal infolge des unausgesetzten Treibens der Sozialdemokratie zu einer staatlichen Versicherung der Arbeitslosen kommen sollten, dann wird sie wohl eine Gestalt annehmen, welche der der Invalidenversicherung ähnelt. Das würde aber eine *neue Belastung der Arbeiterklasse mit Abgaben zur Folge* haben. Und was das angesichts der steigenden Steuern und Lebensmittelpreise bedeutet, braucht hier nicht erst gesagt zu werden. Trotzdem wäre auch eine solche Versicherung, deren Kosten Molkenbühr auf 220 Millionen Mk. berechnet, schon ein Erfolg, wenn die Unterstützungssätze eine den Verhältnissen einigermaßen angepaßte Höhe hätten. Besonders für die Gewerkschaften kommt alles darauf an, die Arbeitslosen in den Zeiten der Wirtschaftskrise möglichst lange über Wasser zu halten, um sie nicht zu Lohnruckern werden zu lassen.

Neben der Agitation für die Arbeitslosenfürsorge durch das Reich kann aber die Agitation für die Einführung eines gesetzlichen *Normalarbeitsstages* nicht energisch genug betrieben werden. Die Forde-

rung des achtstündigen Normalarbeitsstages steht ja im Erfurter Programm und wird auch von den Sozialdemokraten im Reichstage immer wieder gestellt, wie unlängst wieder die Verhandlungen der Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-novelle zeigten. Für die Linderung der Arbeitslosennot in Krisenzeiten wird ihre Durchsetzung jedoch kaum von Bedeutung sein, denn die Herabsetzung der Arbeitszeit würde das Unternehmertum sofort zur Verbesserung der Arbeitsmittel veranlassen. Das läge allerdings auch in der Richtung des Zieles der klassenbewußten Arbeiter, denn es würde eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit bedeuten. In Krisenzeiten würden wir aber dadurch gar bald wieder dasselbe Bild erhalten wie heute. Darum müssen wir weiter blicken und uns auf die Forderung des *veränderlichen Normalarbeitsstages* besinnen, wie sie im Aufruf der sozialdemokratischen Fraktion zur Reichstagswahl von 1881 gestellt worden ist, der jüngst von Bebel neu herausgegeben wurde. Darin ist überzeugend nachgewiesen, wie eine Milderung des Arbeitsloselens nur dadurch möglich ist, daß dem Staate durch die Gesetzgebung das Recht verliehen wird, den Normalarbeitstag je-weilig den Bedürfnissen der Produktion entsprechend festzusetzen, wobei er selbstverständlich über eine bestimmte Höhe nicht hinausgehen darf. Jeder, der ein Interesse daran hat, mag es nachlesen.

Nur eine solche Maßregel wäre imstande, das Dasein der wichtigsten Gesellschaftsklasse zu einem halbwegs menschenwürdigen zu gestalten. Sie würde uns aber auch der Umwandlung der Produktionsweise in eine sozialistische einen guten Schritt näher bringen. Und darum muß man sich fragen: Ist diese Maßregel innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates überhaupt möglich oder gehört zu ihrer Durchsetzung eine Kraftfaltung des Proletariats, die, wenn sie einst möglich sein wird, uns über diese Maßregel weit hinaustreiben, den Klassenstaat überhaupt beseitigen wird? —

Auf jeden Fall muß das Proletariat seine ganze Kraft daran setzen, um zur Linderung der Arbeitslosennot herauszuschlagen, was eben herauszuschlagen ist. Wir werden nehmen müssen, was wir kriegen können, ohne uns dabei vor der Aufstellung und energischen Propagierung weitergehender Forderungen zu scheuen. Zu alledem aber ist ein *einmütiges und geschlossenes Vorgehen der beiden großen Zweige der modernen Arbeiterbewegung* die erste Voraussetzung.

Volk und Kunst.

Von H. Ermischer.

Wahres Menschentum, wahre Naturerkenntnis, wahre Kunst sind einem Volke nötig, das auf der Höhe des Lebens wandeln will. Es wäre für die Herrschenden unserer Zeit besser gewesen, wenn sie statt: *Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!* das Wort geprägt hätten: *Die Kunst dem Volke!* Die Zeit schreitet über sie hinweg; nicht metaphysisches Fabulieren, sondern reine, wahre Erkenntnis aller Dinge ist das Zeichen des Geistes unserer Zeit. So wird auch die Kunst in immer weiterem Maße Gemeingut aller. Das Volk erhebt Anspruch auf die Kunst. Anzuerkennen ist, daß einige Kreise der Künstler diesen Bestrebungen des Volkes entgegenkommen.

Daß immer weitere Kreise des Volkes, besonders das klassenbewußte Proletariat, sich für die Kunst empfänglich zeigen, ja sogar ein starkes Verlangen darnach zum Ausdruck bringen, zeigt, daß ihm eine gesunde Kraft innewohnt. Die Kunst wirkt veredend auf die Denkweise der Menschen. Sie ist deshalb ein wesentlicher Erziehungsfaktor. Auch hierin sündigt die heutige Volksschule, da sie die jungen Geschöpfe nicht empfänglich genug für die Kunst macht. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet erkennt man, wie kulturfördernd die Bestrebungen des Proletariats wirken.

Aber nur wirkliche Kunst wirkt erzieherisch. Die materialistische Geschichtsauffassung bewirkt beim Proletariat, daß es das Wesen der Kunst richtig erfäßt. Diese Methode des Denkens, des Erfassens der geschichtlichen Entwicklungen und der wahren Naturerkenntnis führt auch in der Kunst das Proletariat zur Erkenntnis wirklicher Kunst. Diese Methode bedingt die Ablehnung aller Scheinkunst.

Nun erhebt sich aber die Frage: *Bedingt diese Methode Tendenz oder tendenzlose Kunst? Was ist Tendenz- und was ist tendenzlose Kunst?* Diese Frage, auf die Kunst in ihrer Gesamtheit angewandt, ist zu verwerfen. Diese landläufige Wendung kann im wirklichen Sinne nicht auf die Kunst angewendet werden, denn tendenzlose Kunst ist keine Kunst. Wer Tendenz- und tendenzlose Kunst unterscheidet, betrachtet sie nicht vom Standpunkte des historischen Materialismus. Für den historischen Materialismus gibt es nur eine Kunst, die wahre Kunst. Eine Kunst, die die Tendenz hat — wenn das Wort *»Tendenz«* in diesem Sinne erlaubt ist — etwas Wirkliches, Wahres darzustellen oder auszudrücken, ist wahre Kunst. Verschiedene Kunstwerke, ob Dichtung, Musik, Malerei oder Plastik, können zu einander im Gegensatze stehen und sind doch Kunstwerke. Dichtungen können entgegengesetzte politische Anschauungen, die lichtspendende Sonne, das im Verborgenen blühende Veilchen verherrlichen. Musikwerke können schildern, wie eine Gesellschaftsklasse versinkt und die andere zur Herrschaft emporsteigt, sie können Haß oder Liebe zum Ausdruck bringen. Alle diese Schöpfungen sind aber Kunstwerke, jede hat ihre Tendenz.

Monumentale Denkmäler, die die Zivilisation, die Kultur verbildlichen sollen, können, je nach der Anschauung ihres Schöpfers, den Krieg oder auf der anderen Seite die Arbeit, die Erziehung symbolisieren. Da rufen die Anhänger der reinen Anschauung: *»Ha, Tendenz!«,* der anderen: *»Es lügt! — Das ist immer so: Kommt eine neue Weltanschauung, eine neue Klasse in der Kunst zur Geltung, so verschreien die Anhänger der alten Anschauung die neue Kunst als Tendenzkunst. So handelt auch heute die bürgerliche Klasse gegen die proletarische und ihre Kunst. Allerdings, solche krankhafte Modeabwechslungen, wie sie das Bürgertum auf die Kunst überträgt, macht das Proletariat nicht mit. Vor nicht allzulanger Zeit stürzte sich das Bürgertum mit wahrer Eier auf die Schilderungen des Elends, besonders durch die Malerei und Literatur; jetzt ist es übersättigt, der Nervenkitzel ist befriedigt und jene Werke werden als *»Rinnsteinkunst«* bezeichnet. Jetzt wird wieder die Schönheit der Dinge, des Körpers als Leitstern gepriesen.*

Bei dem Proletariat ist jede echte Darstellung Kunst, ob sie das Elend oder die Pracht als Motiv erkoren hat. Aber die Lüge unter dem Decamantel der Kunst ist beim Proletariat verpönt, nur die lauterste Wahrheit ist Kunst! Das Proletariat wird alte Kultur- und Kunstwerke schätzen; infolge der materialistischen Geschichtsauffassung versteht es die Motive und Ideen, die ihnen zugrunde liegen. Je mehr die Ideen des Sozialismus im Volke Boden fassen, folgt ihnen auf dem Fuße eine wirkliche, reine Kunst. Es wird unter dem Sozialismus eine Kunst entstehen, die die edelsten und höchsten Motive der Menschheit widerspiegeln wird.

Briefkasten der Redaktion.

J. W., A. Von Ihrer Einsendung kann ich keinen Gebrauch machen, da die Geschichte ja schon über ein halbes Jahr zurückliegt. — A. B., E. Mit der Veröffentlichung werden Sie sich noch gedulden müssen. — A. R., E. Sie werden inzwischen die gewünschte Nachricht erhalten haben. — W. B., F. Anzeigen sind nur an die Expedition zu senden, an die ich Ihre *»Erwidern«* weitergab.

Stellenangebote

Wegen Vergrößerung unserer Chem. Abteilung suchen wir per sofort in dauernd angenehme Stellung

2 Positiv-Retuscheure, flott und sicher in der Maschinen-Retusche, ferner einen auch im Entwurf

tüchtigen Zeichner (Chromolithograph), sowie einen **Auto-Aetzer.**

Nur nachweislich tüchtige Kräfte finden Berücksichtigung. [5,10] **Ohlenroths Buchdruckerei, Georg Richters, Erfurt,** Abteil. für Hochätzung, Holzschn. u. Galvanotypie.

Tüchtig. Photographen ist Gelegenheit geboten, sich selbst zu machen. Offerten unter **B. 745** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.** [1,80]

Wir suchen zum baldigen Eintritt erstklassige

Masch.-Positiv-Retuscheure in dauernde, gutbezahlte Stellung.

Verheirateten wird nach anerkannten Leistungen Umzug vergütet. [2,70] **J. G. Huch & Co., G. m. b. H., Braunschweig.**

Verschiedenes

Prosp. gratis und franko, **Arbeitsmethode** f. **Photochrom** u. Rezept f. 10. — Mk. Off. **R. Barth, München,** Liebigstr. 39.

Technischer Ratgeber

für die Fabrikation von bedruckten Blechballagen und Plakaten von H. Bucher, Billige Ausgabe Mk. 2.—, zu beziehen durch die Exp. d. Gr. Presse.

„Matt-Lack“

Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel der Neuzeit. Das Blankwerden der Abdrücke wird aufs Äußerste reduziert, ebenso das Kleben derselben. Mit *»Matt-Lack«* erzielt man gute, glatte Abdrücke, selbst bei schlechten Papieren. *»Matt-Lack«* konserviert die Zeichnung des Steines und ist beim Zink- und Aluminiumdruck vorzüglich. Blankgewordene und klebende Auflagen mit *»Matt-Lack«* in Fläche zuletzt überdrückt, erhalten einen sanften vermittelten Glanz, kleben nicht mehr und sind in ca. 4 Std. versandfähig. Preis pro Kilo 3,50 Mk. gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages. Zu beziehen durch **F. Hantke, Hamburg 22,** Berthastraße 13, 11.

Um die Adresse des Kollegen **Georg Hoffmann,** vor seiner Militärzeit 1906 in Würzen beschäftigt, wird zwecks Zustellung seines Mitgliedsbuches gebeten. **Der Hauptvorstand.**

Heliogravüren, Kunstblätter

in feinem Chromo, Aquarell- und Oeldrucke, sowie Malvorlagen empfiehlt **Fritz Pungs, Frankfurt a. M.,** Bilderhandlung en gros. Cranachstr. 7. Illust. Katalog gegen Einsendung von 20 Pf. [1,20]

Verbandsnachrichten

Zur Erwidern.

In der letzten Nummer der Graph. Presse stellte mich der Vorsitzende der Zabliste Stuttgart als Schwinder hin, der sich unlauterer Mittel bediene, um von Kollegen Unterstützungen zu erhalten. Dies erkläre ich hiermit für unwahr. Wahr ist, daß ich von der allwöchentlichen Unterstützung von 4 Mk. für Ausgesteuerte um etwas Vorschub bat, da ich notwendig Geld brauchte. Werde Herrn Mayer vor Gericht Gelegenheit geben, seine Lügnerfindung zu beweisen, was ihm sehr schwer fallen dürfte. **Willy Buckan,** zurzeit **Frankfurt a. M.** [2,55]